BEKENNTNIS ZU DEN PARISER KLIMAZIELEN UND EINER ÖKOSOZIALEN VOLKS-WIRTSCHAFT

ANTRAG NR.5 LPT21

Antragsteller: JUSOS Pinzgau

Empfehlung der Antragsprüfungskommission: Zuweisung an den Landesparteivorstand zur weiteren Diskussion und Präzisierung der Definition einer "ökosozialen Volkswirtschaft"

Spätestens seit Fridays for Future und Greta Thunberg ist Klimaschutz eines der bedeutendsten Themen der aktuellen Politik. Der Klimawandel wird wohl die größte Herausforderung unserer Generation und die größte Aufgabe seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Damals wurde innerhalb von Monaten die gesamte Wirtschaft der USA, des Vereinigten Königreiches und der UdSSR auf kriegswichtige Güter umgestellt. Kühlschrankhersteller bauten plötzlich Granaten für Haubitzen und Autobauer produzierten Kampfpanzer für die Schlachtfelder Europas.

Auch die aktuelle COVID-19 Krise zeigt, wie schnell auf eine existenzbedrohende Krise reagiert werden kann. Innerhalb weniger Tage wurden Wirtschaft und Gesellschaft auf "Krisenmodus" umgestellt, um gegen die Ausbreitung des Corona-Virus anzukämpfen. Textilfabriken stellen Schutzmasken her und die Kapazitäten für Corona Tests wurden in wenigen Wochen vervielfacht. Diese beiden Beispiele zeigen, wie anpassungsfähig unsere Gesellschaft ist und wie schnell auf eine Krise reagiert werden könnte.

Der Klimawandel ist eine ähnlich große Bedrohung für die Menschheit. Allerdings scheint es (für viele Politiker und Wirtschaftstreibende) heute geradezu unmöglich, dass ein Hersteller von Kohlestrom auf Windenergie umstellen kann, oder dass Autohersteller Elektro- statt Verbrennungsmotoren in ihre Fahrzeuge einbauen. Die Forderung, unsere Energiegewinnung auf erneuerbare Ressourcen und unsere Wirtschaft auf Nachhaltigkeit umzustellen, wird meistens als realität sferne Träumerei abgetan.

Heute ist es technisch durchaus möglich, ganze Länder mit erneuerbarer Energie zu versorgen, wie man am Beispiel von Costa Rica erkennen kann. Sogar China hat inzwischen realisiert, welch große

Bedrohung die Klimaveränderung darstellt, und ist in Rekordzeit zum größten Produzenten von Windenergie aufgestiegen. Ausreden, dass erneuerbare Energie teurer wäre als herkömmliche Energiequellen, dürfen nicht gelten, schließlich kostet die Installation von 1 Megawatt Windkraftanlage inzwischen nur mehr einen Bruchteil der Kosten von 1 Megawatt Kernenergie (ohne die Einpreisung der immer noch ungelösten Frage der Endlagerung).

Der 43. Landesparteitag der Salzburger SPÖ möge sich daher zu folgenden Maßnahmen bekennen und sich für die Umsetzung der untenstehenden Forderungen einsetzen:

- Strikte Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens (Beschränkungdes weltweiten Temperaturanstieges auf maximal 1,5 Grad Celsius)
- Umfangreiche Investitionen in den Öffentlichen Verkehr und den Ausbau von klimaneutralen Transportmitteln
- Intensivierung der Forschung zu den Themen Klimaschutz, erneuerbare Energien und smarte
 Stromnetze
- Umbau des Wirtschaftssystems hin zu einer "Ökosozialen Volkswirtschaft"

